



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/X/200 - 9.9.1955

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 218 31-33
Fernschreiber 039 890

Auf Kosten der Ärmsten	S. 1
Interne Krisenherde im Vordergrund	S. 3
Dr. Dr. Fritz Wenzel, MdB.: Zur Diskussion um die Kriegsdienstverweigerer (II und Schluss)	S. 5
Arno Scholz: Bericht aus Moskau	S. 7

Herzloses Spiel mit armen Witwen

FB. Nach Artikel 78 des Grundgesetzes kommt ein vom Bundestag beschlossenes Gesetz zustande, wenn der Bundesrat zustimmt oder nicht den Vermittlungsausschuss anruft oder keinen Einspruch erhebt. Die letzte Bremse bildet dann allerdings der Artikel 113 des Grundgesetzes, wonach Beschlüsse des Bundestages und Bundesrates, die die Ausgaben des Haushaltsplanes erhöhen oder neue Ausgaben in sich schliessen, der Zustimmung der Bundesregierung bedürfen. Leider hat das Grundgesetz in diesen Punkte eine Lücke aufzuweisen, denn es verpflichtet die Bundesregierung nicht, innerhalb eines bestimmten Zeitraumes diesen Einspruch nach Artikel 113 zu erheben.

So erleben wir in diesen Tagen wieder das traurige Schauspiel, dass die Bundesregierung - ähnlich wie beim Kriegsgefangenenentschädigungsgesetz - ein vom Bundestag und Bundesrat gebilligtes Gesetz, auf das mindestens 300 000 Arbeiterwitwen mit Schmerzen warten, nicht verkündet, formell aber auch nicht nach Artikel 113 des Grundgesetzes Einspruch erhoben hat. Die für Mittwoch angekündigte Beschlussfassung des Kabinetts blieb aus und hat die Ungewissheit noch weiter vergrößert.

Zwei Tage vor den Sommerferien hatte der Bundestag ein Gesetz zur Änderung des Sozialversicherungsanpassungsgesetzes beschlossen, das eine jahrzehntelange Ungerechtigkeit beseitigen sollte. Während nämlich die Witwe eines Angestellten beim Tode ihres Ehemannes anstands-

los ohne Bedingungen die Witwenrente ausgezahlt erhält, musste die Witwe eines Arbeiters aus der Invalidenversicherung verschiedene Bedingungen erfüllen. Sie musste entweder über 60 Jahre alt sein oder mindestens vier Kinder geboren haben oder zu einem hohen Grade erwerbsbehindert sein. Der Zweizonenwirtschaftsrat hat zwar generell dieses Unrecht beseitigt, durch die Einführung eines Stichtages vom 31. Mai 1949 jedoch neue Unzulänglichkeiten geschaffen, denn für alle Witwen, deren Ehegatten vor diesem Datum verstarben, galten die alten unsozialen Bestimmungen weiter.

Ein sozialdemokratischer Gesetzentwurf, der hier Wandel schaffen wollte, hat zwar nicht voll das Ziel erreichen können, aber in namentlicher Abstimmung wurde zumindest erreicht, dass für diesen Personenkreis die Renten ab 1. August 1955 ausbezahlt werden sollten, wenn die Witwen das 45. Lebensjahr vollendet hatten. Für Frauen unter 45 Jahren sollten die Renten dann gezahlt werden, wenn sie Kinder haben. Aus den Protokollen von Bundestag und Bundesrat geht es ganz eindeutig hervor, dass die Kinderzahl hierbei keine Rolle spielen sollte.

Die Freude bei diesen Frauen war gross, aber der 1. August verstrich, ohne dass im Bundesgesetzblatt das Gesetz verkündet worden war. In der Zwischenzeit ist der September ins Land gekommen, geändert hat sich nichts.

Die Bundesregierung weigert sich, das Gesetz zu verkünden, noch mehr, sie plant eine Novelle, die die Auszahlung der Renten an Witwen unter 45 Jahre beschränken will, indem man 2 Kinder zur Voraussetzung erhebt und durch die Einführung des Terminus "waisenberechtigte Kinder" auch noch die unehelichen Kinder ausschalten will.

Zu dieser entscheidenden Verschlechterung des Gesetzes werden, wie üblich, finanzielle Gründe herangezogen, die angesichts der ausgezeichneten Haushaltslage geradezu eine Verhöhnung dieser armen Frauen sind. Das Schlimmste aber ist, dass die Bundesregierung hier ein verwerfliches Spiel mit den Hoffnungen von Menschen treibt, die wirklich auf jede Mark angewiesen sind. Auf der einen Seite hat man durch die Presse verkünden lassen, dass die Versicherungsanstalten angewiesen worden sind, Vorschusszahlungen zu leisten, auf der anderen Seite aber will man mindestens die Hälfte dieser Witwen aus der Rentenzahlung wieder ausschliessen.

Der einzige Trost ist, dass die Bundesregierung ihre Pläne erneut dem Bundestage vorlegen muss, und es ist kaum zu erwarten, dass sich eine Mehrheit für diese unsozialen Pläne im Bundestage finden wird.

Was der kalte Krieg bisher verdeckt hatte

Dr.R. In der Weltpolitik ist seit Genf - mit Ausnahme gewisser Auslegungen in der deutschen Frage - nichts eingetreten, was den gelegentlich geäußerten Verdacht begründen könnte, die Sowjets spielten nur ihre koexistentielle Politik. Und doch ist die Beruhigung der Welt ausgeblieben. Im Gegenteil, es haben sich in den letzten Wochen eine ganze Reihe von Krisenherden gezeigt, die nun gar nichts mit den Sowjets zu tun haben, ursächlich und in den Folgen keinen Zusammenhang mit ihnen haben und doch genügend Gefahrenmomente in sich schliessen; sie beanspruchen sogar erhebliche Aufmerksamkeit, weil in ihnen der Keim ernster Auseinandersetzungen steckt.

Diese störenden Einflüsse sind in der nichtkommunistischen Welt aufgetreten. Sie demonstrieren, dass die These zu billig ist, es seien nur die Sowjets, die die Kontinente nicht zur Ruhe kommen lassen würden. Die derzeitigen neuralgischen Punkte sind: Die Saar und Zypern in Europa, Marokko und Algier in Afrika, und der neuentflammte Nahe Osten, wo sich Araber und Israelis Gefechte liefern, die in anderen Zeiten schon längst zum Kriege geführt hätten. Schliesslich muss erwähnt werden, dass sich auch um Formosa ein nichtkommunistischer Streit zusammenbraut, der die Formosaner und die Nationalchinesen betrifft. In Afrika und im Nahen Osten ist schon viel Blut geflossen. Marokko und Zypern sind die Objekte eines sich langsam entwickelnden Streits zwischen Bündnispartnern, die sich vorwerfen, nicht im Sinne der Freundschaftstreue zu handeln. Was in dem einen Falle an die amerikanische Adresse und im andern an die türkische bzw. griechische in Form von Beschuldigungen gerichtet worden ist, überschreitet das übliche Mass unter Partnern bei weitem.

Es könnte die Frage aufgeworfen werden, ob es nur die Lockerung des sowjetischen Druckes war, die diese Gegensätze hochwachsen liess, oder ob das zeitliche Zusammenfallen rein zufällig ist. Es liegt jedoch näher, dass die Tendenz zur Entspannung im Grossen erst die Gelegenheit schuf, sich mit der eigenen nächsten Umgebung zu beschäftigen und dort zu entdecken, dass der Bundesgenosse der grossen Politik vor der eigenen Haustür seine Ernte in die Scheuer zu bringen trachtet. Mit einem Wort: Kaum dass die Weltatmosphäre etwas nach Wetterbesserung riecht, tauchen vor der eigenen Tür Gerüche auf, die anzei-

9.9.1955

gen, dass Nachbarn und Interessenten ihre eigene Suppe kochen. Was der französische Marschall Juin über amerikanisch-englische Einflüsse in Marokko in der "Revue de Paris" äusserte, was der türkische Aussenminister an scharfen Worten auf der Londoner Zypernkonferenz gegen seinen Athener Kollegen verschoss wäre unmöglich gewesen, solange die sowjetische Sphinx mit ihrem ganzen Gewicht lauernd vor der freien Welt lag. Sie hat sich zwar von dort nicht fortbewegt; sie hat nur ihre Stellung etwas verändert. Und schon brechen Gegensätze auf zwischen den Gliedern dieser freien Welt, die die gemeinsame Gefahr bisher bannte.

In der sowjetischen Ideologie bildet der Begriff der "imperialistischen Gegensätze" einen wesentlichen Bestandteil; sagt sie doch, dass es diese Gegensätze niemals erlauben würden, dass die Welt zur Ruhe käme, selbst wenn sie rundherum kapitalistisch wäre. In diesem Augenblick könnten diese sowjetrussischen Ideologen darauf verweisen, dass die alte Lenintese auch heute gilt, und dass die genannten Ereignisse die Beweise sind.

Entgegen dem Schein sind die Sowjets nun grosse Praktiker; sie werden darum nicht darauf herumreiten, dass die Geschehnisse ihrem theoretischen Weltbild Recht geben. Sie werden sich vielmehr geflissentlich notieren, dass die von ihnen eingeleitete Entspannungspolitik Wirkungen hat, die sie indirekt stärken und die freie Welt direkt schwächen, ohne dass sie dabei den Finger rühren. Die Nutzniesser sind auf jeden Fall sie. Denn mindestens wird die politische Aufmerksamkeit der freien Welt vom bisherigen Blickpunkt abgezogen und auf andere Punkte konzentriert. Den General Gruenther z.B. muss es im Augenblick viel mehr interessieren, wie Frankreich seine NATO-Lücken aufzufüllen gedenkt, als was die Sowjets militärisch tun. Die türkische Regierung konzentriert sich zur Zeit auf das Schicksal ihrer Zypern-Minderheit und nicht auf die türkisch-sowjetische Grenze. Die antikommunistischen Moslems sehen in Frankreich den Feind Nr. 1 und nicht in der Sowjetunion wie bisher.

In Moskau wird man diese Entwicklung sehr genau registrieren, weil sie einige Pluspunkte in der sowjetischen Bilanz ergeben, an die kaum jemand dachte, als von Genf die neue Entspannungsaera ausging. Vielleicht fängt man auch im Westen einmal an, die Dinge unter diesem Winkel zu sehen. Dann wird Nordafrika nicht mehr als eine innerfranzösische Angelegenheit, Zypern nicht mehr als Hausstreit und die arabisch-islamische Kontroverse nicht mehr als gottgegeben und naturbedingt angesehen werden, sondern als Erscheinungen, die den ganzen Westen angehen.

Kriegsdienstverweigerung eine politische Entscheidung?

Von Dr. Dr. Wenzel, M.d.B.

Alle Verantwortlichen sind sich heute darin einig, dass der moderne Krieg vor der politischen Vernunft ebenso wie vor dem Gewissen endgültig gerichtet ist. Kann man deshalb eigentlich im Blick auf diese Dinge einen wirklichen Unterschied zwischen Gewissensgründen und politischen Gründen machen? Es könnte vielleicht sogar sehr bequem sein, unter Anrufung des Gewissens echte politische Gründe, die eine Wehrdienstverweigerung rechtfertigen, von vornherein nicht anerkennen zu wollen. Wenn man das Wesen der Politik dahin versteht, dem Menschen und der von ihm gegründeten staatlichen und gesellschaftlichen Gemeinschaft zu dienen, dann steht jede politische Entscheidung unter sittlicher Verantwortung. Dann gilt aber auch uneingeschränkt, dass politisch nicht richtig sein kann, was menschlich falsch ist. In der Demokratie jedenfalls kann es eine vom Gewissen freie Politik ebenso wenig geben wie ein zur Politik in keiner Beziehung stehendes Gewissen.

Es geht in dem Kriegsdienstverweigern wahrhaftig um mehr als um Gefühlsargumente. Weil wir Kriegsdienstverweigerer die politische Sinnlosigkeit des Krieges erkannt haben, was uns zunächst von der Mehrzahl der Menschen, von denen das gleiche gilt, in keiner Weise unterscheidet, und weil wir auch darin einig sind, dass alle sinnvolle Arbeit und Kraft für die Erhaltung des Friedens, für eine Politik der Entspannung und der Verständigung eingesetzt werden muss, sind wir allerdings nun im Unterschied zu sehr vielen der Auffassung, dass es eine echte Unterscheidung von "Kriegsdienst" und "Wehrdienst" nicht gibt. Jede militärische Ausbildung und jeder Wehrdienst steht in irgendwelchem Zusammenhang mit dem Kriegsdienst. Darum ist es nur logisch, dass jeder, der zum Kriegsdienst nein sagt, auch den Wehrdienst und jede militärische Ausbildung ablehnt. Das ist jedenfalls die Meinung der Mehrzahl der Kriegsdienstverweigerer.

In diesem Zusammenhang muss nun ein Wort zum Einsatzdienst gesagt werden, der als Ausgleich für den Militärdienst zu betrachten ist. Auch

hier sind politische Gedanken entscheidend.

Dem Leben dienen

Die Kriegsdienstverweigerer sind - sie können sich mit dieser Ansicht auf hervorragende militärische Fachleute berufen - der Überzeugung, dass ein wirkungsvoller Schutz der Zivilbevölkerung (wie schon der letzte Krieg bewiesen hat) durch den Soldaten im modernen Krieg so gut wie ausgeschlossen ist. Es gibt im Krieg selbst nur Vernichtung, Schutz und Sicherheit so gut wie gar nicht. Aus diesem ebenfalls sehr realpolitischen Grunde sind die organisierten Kriegsdienstverweigerer in Westdeutschland gegen einen zwangsmässigen militärischen Einsatzdienst. Ein solcher militärischer Alternativdienst hebt den Sinn der Kriegsdienstverweigerung so gut wie auf. Der Kriegsdienstverweigerer will selbstverständlich keine nur passive Haltung einnehmen und sich, wie es immer heisst, von anderen "schützen" lassen. Er will dem Leben dienen, aber nicht über den Umweg und Irrweg der sinnlosen Zerstörung und Vernichtung. Friedensdienst, als Aufbaudienst und Hilfsdienst, wo auch immer und wie auch immer, lautet die Losung des Kriegsdienstverweigerers. Friedensdienst, das bedeutet Dienst der Hilfe und der Rettung wehrlosen, bedrohten, kranken und wie auch immer gefährdeten Lebens an "Front und Heimat" (wenn solche Unterscheidung im modernen Krieg noch eine Spur von Sinn haben sollte).

Wie weit diese Vorschläge und Wünsche der Verweigerer beachtet und verwirklicht werden, wenn gesetzliche Bestimmungen zur Frage des Artikels 4,3 auf der Tagesordnung stehen, ist noch nicht abzusehen. Die Auseinandersetzung mit den in Frage kommenden westdeutschen Behördenstellen hat leider bisher zu keinem befriedigenden Ergebnis geführt. Der bei der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Friedensverbände gebildete Ausschuss für Fragen der Kriegsdienstverweigerung sah sich genötigt, im Dezember 1954 die Regierung, den Sicherheitsausschuss des Bundestages und darüber hinaus die Öffentlichkeit überhaupt dahin zu unterrichten, dass es eine schwere Belastung der deutschen Zukunft bedeuten müsste, wenn zahlreiche Staatsbürger in Gewissenskonflikten wegen Tendenzen gebracht werden, die von ihnen als totalitär und reaktionär empfunden werden und die ihren Widerstand herausfordern müssen. Auf jeden Fall werden die Bundestagsausschüsse ebenso wie das Parlament als Ganzes der Diskussion dieser Fragen viel Aufmerksamkeit zuzuwenden haben.

Eine politische Notwendigkeit

Für die politische Erörterung dieses Fragenkomplexes wird keine geringe Hilfe die Tatsache sein, dass der Parteitag im vorigen Jahr einen Antrag zur Frage der Kriegsdienstverweigerung im Sinne des Grundgesetzes einstimmig angenommen hat. Damit hat die Sozialdemokratische Partei als erste und bisher einzige Partei dieses Recht als ein staatsbürgerliches Recht der Demokratie anerkannt und die Frage der deutschen Wiederbewaffnung mit der persönlichen Gewissensentscheidung jedes Staatsbürgers in Verbindung gebracht. Nimmt man die überaus schwerwiegenden wissenschaftlichen Gründe, die kürzlich in Göttingen Naturwissenschaftler und Atomforscher für eine Kriegsdienstverweigerung vorgebracht haben, hinzu, dann könnte diese Gewissensentscheidung, zu der sich heute in Westdeutschland Zehntausende bekennen, wenn man für den Ernstfall die Wirklichkeit eines deutschen Bruderkrieges als drohende Gefahr sieht, für Ungezählte in Ost und West zu einer politischen Notwendigkeit werden. In einer solchen Stunde wäre dann mit einem Mal für alle klar, wie ethische, religiöse und politische Gewissensgründe ineinander übergehen und zu einem einzigen Grunde werden, um die Kriegsdienstverweigerung in der Stunde wirklicher nationaler Gefahr als mögliche Hilfe und Ausweg zu realisieren.

+ + +

Die erste Begegnung

Von Arno Scholz

Moskau

Die viermotorige "Super-Constellation", die den Bundeskanzler und seine Begleitung in einem Nonstop-Flug nach Moskau gebracht hatte, hielt genau vor der Spitze der Ehrenkompanie, die auf dem Flugfeld Wnukowo angetreten war. Dass Bulganin selbst zum Flugplatz fuhr, um seinen Gast abzuholen, kann als besondere Auszeichnung für die deutsche Delegation angesehen werden. Beide Sprecher - der Bundeskanzler und Bulganin - versicherten sich gegenseitig, wie wichtig es wäre, wenn zwischen beiden Völkern herzliche Beziehungen bestehen würden.

Das vorher durch Protokollbesprechungen genau festgelegte Empfangsprogramm hat geklappt - bis auf die Placierung der Presse, die genau da stand, wo nichts geschah, während die von sowjetischer Seite bevorzugten Journalisten die ankommende deutsche Delegation und die empfangende sowjetische derart umschwärmten, dass sie noch das Letzte von den Ereignissen verdeckten.

Sowjetische Marschroute

Die "Prawda" hat gestern die sowjetische Marschroute für dieses erste Gespräch in einem Leitartikel bereits angedeutet. Danach würden sich die sowjetischen Politiker wie schon in und nach Genf auf den Standpunkt stellen, dass sich die Bundesrepublik für den Anschluss an den westlichen Block entschieden habe, ohne die Mahnungen zu beachten, dass damit die Wiedervereinigung erschwert werde. Deshalb bliebe zunächst nur übrig, und dazu seien die Sowjets bereit, diplomatische Beziehungen aufzunehmen und abzuwarten, ob sich bei den kommenden Außenministerbesprechungen in Genf oder später neue Anhaltspunkte für eine Diskussion über die Wiedervereinigung ergeben.

Wenn der Artikel, was anzunehmen ist, die Haltung des Kreml wieder gibt, so ist der Verlauf des Gespräches klar. Der Bundeskanzler wird wahrscheinlich die Aufnahme normaler diplomatischer Beziehungen nicht sofort akzeptieren, weil er damit zu dem Status quo ja sagen, das heisst also, die Teilung Deutschlands anerkennen würde.

Wahrscheinlich werden sich aus der ersten Begegnung eine Fülle von Fragen ergeben, die nicht gleich geklärt werden können, und die deshalb an gemeinsame Ausschüsse zur gründlichen Beratung überwiesen werden. Darin würde der Gewinn dieser Reise liegen. Die Verbindung ist aufgenommen, nun kann in direktem Gespräch vieles geklärt werden.

Die Sowjets haben offensichtlich kein Interesse, die Probleme überstürzt zu behandeln. Sie haben für die Begegnung in Moskau alle Voraussetzungen geschaffen, und - wenn auch nach manchem Zögern und wiederholten Reklamationen - alle Erleichterungen zugestanden, die der Journalist braucht, um frei und un gelenkt seine Meinung sagen zu können.

Wir können uns frei bewegen, alles ansehen, fotografieren, eine Taxe nehmen und fahren, wohin wir wollen. Auch die Menschen sind im Gespräch aufgeschlossener als noch vor ein, zwei Jahren - wie auswärtige Kollegen, die hier schon lange arbeiten, uns berichten - , aber noch

lange nicht so offen wie in demokratischen Ländern. Vieles an der Zurückhaltung ist vielleicht auch auf eine andere Lebensart zurückzuführen.

Dass es die Menschen in der Sowjetunion nicht leicht haben, sieht man ihnen an. Mit ein Grund dafür ist - das darf nicht verkannt werden - die Zerstörung des Landes im letzten Krieg und die Wiederaufrüstung danach, die die Versorgung der Bevölkerung in den Hintergrund drängte. Die Spuren des Krieges konnte man auch vom Flugzeug aus sehen, als wir über Leningrad flogen. Riesige Verteidigungsanlagen und die Schützengräben der Belagerer rund um die Stadt zeugen davon.

Erste Voraussetzung: Vertrauen schaffen

Um auch an diese Tatsachen aus der jüngsten Vergangenheit noch einmal erinnert zu werden, war es gut, dass Journalisten zur ersten Begegnung zwischen westdeutschen und sowjetischen Staatsmännern und Politikern, die ja seit der Blockade von Berlin, also seit mehr als sieben Jahren, keine direkte Fühlung mehr hatten, mitflogen. Bis zu dieser Zeit bestand wenigstens in Berlin noch immer eine Möglichkeit, ins Gespräch zu kommen - und das trotz aller Gegensätze in den Auffassungen, die seitdem nicht kleiner geworden sind.

Diese Gegensätze zu unter- oder überschätzen oder nicht sehen zu wollen, ist nicht der Sinn solcher Begegnungen. Auch der Journalist hat die Aufgabe, einen Weg zu suchen, wie trotz der verschiedenen Auffassungen ein Nebeneinanderherbestehen abgegrenzt und akzeptiert und darüber hinaus vielleicht sogar eine Zusammenarbeit organisiert werden kann. Das setzt natürlich voraus, dass das erste Anliegen des deutschen Volkes - die Wiedervereinigung - dadurch nicht nur nicht ins Hintertreffen geraten darf, sondern im Gegenteil gefördert wird. Aus solchen Begegnungen muss einmal das gegenseitige Vertrauen wachsen, das die Sowjets veranlassen könnte, das von ihnen besetzte deutsche Gebiet freizugeben und uns die Form des Zusammenlebens und der politischen Ordnung frei nach unserem Willen bestimmen zu lassen.

+ + +

Verantwortlich: i. V. Albert Exler